

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Veranstalter: Verlagsanstalt Dr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Abkündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gefand 90 Pf. Grundgebühr auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweilige Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 169

Dresden, Donnerstag, 23. Juli

1925

Die Debatte über den Sicherheitspakt.

Sitzung des Reichstages vom 22. Juli.

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist die außenpolitische Aussprache, die mit ver- ständlichen Ergänzungsteilen verbunden ist.
Außenminister Dr. Stresemann sagt aus: In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichs- regierung zu der Frage der Sicherheit dahin angedeutet, daß eine Lösung ohne Deutsch- land eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Regierung ge- ogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Das deutsche Memorandum hat seine Be- antwortung durch die französische Note vom 16. Juni gefunden. Nachdem nun der Gesamt- komplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterung in vorläufigen folgendem Punkte zusammenfassen: Zweifelhaft ist die Stellung Italiens. Sie können der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems be- teiligt.

ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in Bezug auf die Räumung der San- ktionsstädte erfüllt werden und Tübingen, Duisburg und Ruhrort eben als demnächst geräumt werden. (Zwischenruf links.) „Demnächst“ be- deutet, daß, wie das Ruhrgebiet, das Sanktions- gebiet innerhalb der vertragssmäßigen Zeit geräumt wird.
Die Nichträumung der nördlichen Rheiland- zone zu dem uns zugesagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung bestimmte Zweifel und Bedenken wieder aufstauen lassen. Nachdem die Note bekannt geworden ist, die uns von den Alliierten mit den angeblichen deutschen Verschulungen in der Entwaffnungs- frage zugeestellt wurde, ist die Meinung, daß die noch offenen Restpunkte in der Entwaffnungsfrage keinen Grund für die weitere Belegung der nörd- lichen Rheinlande bieten, nur noch verhärtet worden. Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie die unendlich schweren Bedingungen für die

Entwaffnung so weit als möglich zu er- füllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Was die Alliierten nach dem Versailler Ver- trag fordern dürfen, ist zum Teil bereits ausgeführt, und wird zum Teil noch aus- geführt werden. Einige Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da noch unserer Meinung hier die Forderungen über das Vertragsmäßige hinausgehen. Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von un- erträglicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden. (Zustimmung) Die Allii- erten aber werden mit uns auch darüber einig sein, daß auch dieses Problem vorher mit dem Abschlusse des großen Friedensver- tragswerkes bereinigt werden muß.
Was in Frankreich in Bezug auf das deutsche Rheinland — nicht in der öffentlichen Meinung der gegenwärtigen Mehrheit des französi- schen Volkes — an Bedenken lag, die Rheinland-

frage in ganz anderer Weise als durch einen Sicherheitspakt zu lösen, der uns die Gewähr des Verbleibens des Rheinlandes bei Deutschland gibt, das werden Sie erleben, wenn Sie aus dem Gelbbuch
die letzte Rede, die der Ministerpräsi- dent Poincaré 1923 gehalten hat, betrachten. Poincaré hat Poincaré ganz offen ausgesprochen, welche Hoffnungen daraus hervorgehen würden, daß im Rheinland und in der Pfalz die separatistische Bewegung zum Siege ge- langte. Er jagte:
„Die Befugnisse sind keineswegs gehalten, die Berliner Regierung gegen die Bildung neuer Staaten, gegen die Umbildung bestehender Staaten, ja auch gegen den Bruch der Reichseinheit zu schützen. Es ist zweifellos noch verfehlt, voraus- zusetzen, was sich jetzt aus diesen Zuständen ent- wickeln wird, aber im Rheinland und in der Pfalz scheint doch ein mächtiges Streben nach völliger Unabhängigkeit zu bestehen. Wir können früher oder später auf eine Änderung in der po- litischen Verfassung der besetzten Gebiete rechnen. Die Kammer wird begreifen, daß ich im Augen- blick nicht mehr sagen kann über das, was im Werden ist. Ich muß in dieser Stunde hier zu- rückhaltend sein, aber niemand empfindet lebhafter als ich die Bedeutung dieser Angelegenheit für Frankreich.“ (Hört, hört!)

Die Aufnahme der Note bei den Alliierten.

Grundlage für die weitere Erörterung.

London, 22. Juli.
Keiner werde, in betrieblen unabhängigen Kreisen bestreite keine Meinung, den Inhalt der deutschen Sicherheitsnote im einzelnen zu erörtern, vor allem habe man noch keine Zeit gehabt, den Inhalt eingehend zu erwägen. Außerdem müßte die Note vollständig noch vom Kabinett behandelt werden. Daher werde Zurückhaltung beobachtet. Wenn auch die deutsche Mitteilung infolge gewisser Vorbehalte, die, wie man sich klar sei, vielleicht in manchen Fällen nicht ganz außer Zusammenhang mit der inneren Lage Deutschlands ständen, nicht als völlig befriedigend betrachtet werden könne, könne sie doch als Grundlage für die weitere Erörterung angesehen werden, da sie Deutschlands Bereitschaft zu weiteren Besprechungen und seinem Wunsch, die Verhandlungen zu erleichtern, darstelle. Der Wunsch, der sich auf den Fortschritt der Bewegung für den Pakt bezieht, und eine sofortige Erörterung anregt, sei sehr befriedigend. Es sei unendlich zu sagen, welches der nächste Schritt sein werde. Selbstverständlich werde ein Meinungsaustausch zwischen den Re- gierungen stattfinden, und die weitere Ent- wicklung werde möglicherweise durch Erörterungen der Botschafter, die Arbeit von Sachverständigen und vielleicht sogar schließlich durch eine Konferenz gefördert werden. Aber die ganze Sache erfordere eine Erwägung, auch wenn die Antwort an Deutschland nicht auf jeden Punkt eingeleite, der in der Berliner Note aufge- rufen worden sei.

Wartfeine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens.

London, 23. Juli.
Die „Times“ führen in einem Leitartikel aus: Die deutsche Note zu Sicherheitsfrage er- öffne eine lange Periode von Erörte- rungen. Es sei wichtig, daß sie auf jeden Fall den Weg zu Verhandlungen weit offen- halte. Weit davon entfernt, die französischen Fragen dazu auszuweichen, ein Zeitstücken über un- klare Punkte des Völkerrechts zu beginnen, erfülle die deutsche Note, was der Frage Antieck ver- spreche, der die deutsche Regierung bewegen habe, die Februarvorschläge zu machen. Die ur- sprünglichen deutschen Vorschläge seien ein „zitternder Schrei in der Nacht“ ge- wesen. Das diplomatische Verfahren von Frage und Antwort, zu dem sie führten, sei wie eine Unterhaltung mit „heiligen Stimmen“ über eine Klust von gegenseitigen Mißverständnissen hinweg. Es sei sehr groß im Grunde, eine sehr bittere Vergangenheit, Krieg, geträumte Hoffnungen und Argwohn, jedoch es mehr als einem Tag dauern werde, um von neuem die Sprache des Vertrauens zu finden. Es sei ein sehr großer Gewinn, daß die Unterhaltung über die Sicherheits- frage begonnen habe. Die Befehle werden da- rüber, daß die Verhandlungen bisher langsam fortgeschritten seien, sein nicht begründet. Der Unterschied in den Stimmungen der Länder West- und Mitteluropas vor 18 Monaten und jetzt sei erstaunlich. Das Ruhrgebiet werde jetzt vollständig geräumt und inner- halb sehr kurzer Zeit würden sogar die San- ktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den fremden Truppen befreit sein. Die Ruhrbesetzung und alles, was sie in sich geschlossen habe, sei so gut wie zu Ende. Die französische Note und die deutsche Antwort seien Marksteine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens. Besont werden müßte, daß beide eine aufrichtige Bemühung darstellten, die Klust unermittelter Mißverständnisse zu überbrücken. Das praktische Ergebnis würde sein, daß „aktive Verhand- lungen“ für den Abschluß eines Sicher- heitspaktes auch wirklich möglich seien.

Zahlreiche französische Vorbehalte.

Paris, 22. J. L.
Zur Prüfung der deutschen Sicherheitsnote beauftragte Briand den französischen Botschafter in London, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der fran- zösischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden ebenfalls beauftragt, die polnische bzw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß, wenn auch die Antwort Deutschlands die Eröffnung von Verhandlungen gestalte, sich dennoch daraus einige Gegenstände zur französischen Auffassung ergeben, einmal hinsicht- lich der Auslegung des Art. 16 des Völkerbun- dstatuts, der das Vorgehen der amfieslosen Staaten im Falle eines Konfliktes regelt, und andererseits hinsichtlich der deutschen Vorbehalte be- züglich des Schiedsgerichtsverfahrens.
Zur deutschen Sicherheitsnote schreibt der „Temp“: Es ist nicht zweifelhaft, daß das Akten- stück nicht das enthalte, was man die Eröffnung von Verhandlungen nennen

darf. Das ist aber doch das einzig wirkliche Ziel. Jedoch kann man nicht behaupten, daß die Note ohne Bedeutung sei. Aber angesichts der grundsätzlichen Vorbehalte, die Berlin aufstellt, darf man sich nicht verheßen, daß die Verhandlungen mühsam sein werden. Nach- dem Briand den Wortlaut der französischen An- wort festgestellt und die Ansicht der alliierten Re- gierungen einsehend haben wird, können die Ver- handlungen zwischen Berlin und Paris begonnen werden.
Wartfeine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens.
London, 23. Juli.
Die „Times“ führen in einem Leitartikel aus: Die deutsche Note zu Sicherheitsfrage er- öffne eine lange Periode von Erörte- rungen. Es sei wichtig, daß sie auf jeden Fall den Weg zu Verhandlungen weit offen- halte. Weit davon entfernt, die französischen Fragen dazu auszuweichen, ein Zeitstücken über un- klare Punkte des Völkerrechts zu beginnen, erfülle die deutsche Note, was der Frage Antieck ver- spreche, der die deutsche Regierung bewegen habe, die Februarvorschläge zu machen. Die ur- sprünglichen deutschen Vorschläge seien ein „zitternder Schrei in der Nacht“ ge- wesen. Das diplomatische Verfahren von Frage und Antwort, zu dem sie führten, sei wie eine Unterhaltung mit „heiligen Stimmen“ über eine Klust von gegenseitigen Mißverständnissen hinweg. Es sei sehr groß im Grunde, eine sehr bittere Vergangenheit, Krieg, geträumte Hoffnungen und Argwohn, jedoch es mehr als einem Tag dauern werde, um von neuem die Sprache des Vertrauens zu finden. Es sei ein sehr großer Gewinn, daß die Unterhaltung über die Sicherheits- frage begonnen habe. Die Befehle werden da- rüber, daß die Verhandlungen bisher langsam fortgeschritten seien, sein nicht begründet. Der Unterschied in den Stimmungen der Länder West- und Mitteluropas vor 18 Monaten und jetzt sei erstaunlich. Das Ruhrgebiet werde jetzt vollständig geräumt und inner- halb sehr kurzer Zeit würden sogar die San- ktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den fremden Truppen befreit sein. Die Ruhrbesetzung und alles, was sie in sich geschlossen habe, sei so gut wie zu Ende. Die französische Note und die deutsche Antwort seien Marksteine auf der Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens. Besont werden müßte, daß beide eine aufrichtige Bemühung darstellten, die Klust unermittelter Mißverständnisse zu überbrücken. Das praktische Ergebnis würde sein, daß „aktive Verhand- lungen“ für den Abschluß eines Sicher- heitspaktes auch wirklich möglich seien.

Das Februar-Memorandum für das Kabinett nicht bindend.

ei. (Zuruf rechts: Sehr richtig! Hört, hört! links.) Das Memorandum sei abgehandelt worden, bevor die Kollegen des Herrn Stresemann davon Kenntnis erhalten haben. Danach muß man annehmen, daß das Memorandum im besten Falle eine Gewächtsstütze für die deutschen Vertreter im Ausland über die Beziehungen zwischen Deutsch- land und den Alliierten sein sollten. Graf Bieharp ist ja auch durch den Minister des Innern Herrn Schiele unterstützt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)
Sie können versichert sein, daß wir nicht etwa dem Wunsch haben, hier einen Punkt zu suchen, an dem wir den Hebel zum Sturze des Kabinetts ansetzen könnten. In aller Vertraulichkeit will ich Ihnen mitteilen (Große Heiterkeit), daß wir vollen Verständnis für die Zweckmäßigkeit haben, die Deutschnatio- nalen jetzt nicht aus der Verantwortung herauszulassen.
Ihre Regierungstätigkeit wird je länger je mehr zu einem lehrreichen Nachschauungs- unterricht für die Wähler.

Den Kernpunkt des Vertragswerkes bildet der Garantie-Pakt.
Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis hergestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge, die Ziel- sätze, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Bezüglich in Bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Alliierten enthält, die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichts- verfahrens der Sekundant gleichzeitig Schieds- richter sein muß. Die deutsche Regierung wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und Lon- don volle Würdigung gefunden.
Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen.
die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden. Wir dürfen uns der berechtigten Hoff- nung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles klappt, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung befindet sich die bedeutende Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragssmäßigen Termin.
Ich stehe nicht an, der Verneinung dar- über Ausdruck zu geben, daß die französische und deutsche Regierung um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Erdtermin des 16. August durchzuführen werde. Die französische und die deutsche Regie- rung haben sich in dieser ihrer Ansicht, die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und noch vor dem 16. August bereits das Ruhr- gebiet zu räumen, nicht lösen lassen durch die freundschaftlichen Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen suchte, daß der grundsätzliche französische Text die Befugnisse- mächte überhaupt nicht verpflichtet, die bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung fortzuschreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihr We- lichen stehe. (Lebhafte Lärme und Rufe: Un- terstützt! Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine falsche Übersetzung des auswärtigen Amtes die deutsche Öffentlich- keit getäuscht worden sei.)
Wenn in diesen letzten Wochen das Kommissäre Amt und die Deutsche Reichsregierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Räumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Öffentlichkeit aufstehen konnte, daß es entsetzt einen eine große Unruhe. — Lebhafter Rufe: Hört! Hört! links! gegen die Vorklären, die hierüber zu Gegenfragen antworten. Die Unruhe wird erst durch die Worte des Präsidenten allmählich beschwichtigt) die Befugnisse nicht gezwungen werden können, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal voll- kommen falsch und zweideutig.
zum Standpunkt der nationalen deutschen Interessen unerträglich.
(Lebhafte Rufe im ganzen Hause.) Die Wenig- keit über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bedingt, daß die Alliierten

Aber wir müssen wissen, ob durch die Nichtanerkennung des Februar-Memorandum durch die Deutschen die Grundlage für die bisherige Außenpolitik der Regierung weggefallen ist und ob Deutschland vor dem Ausland als vorübergehend und vertragsunfähig erscheinen soll. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Über die Einigkeit, die jetzt zwischen dem Kabinett und der Regierung besteht, werden wir ja durch den Grafen Westarp noch Näheres vernehmen. Aber wir wissen noch nicht, wie weit die Billigung der Gesamtregierung für dieses Kompromiß geht, wir wissen nicht, ob die Vertreter der Deutschen im Parlament im Kabinett, ob Graf Westarp, der Vater des Kompromiß, damit einverstanden ist. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Wir treiben keine Opposition im Sinne des „Standpats“. Wenn eine Postage vom Standpunkt des deutschen Volkes, vor allen Dingen aber vom Standpunkt des Interesses der deutschen Nation annehmbar dünkt, so werden wir sie unterstützen. Das verpflichtet uns aber noch nicht dazu, die Gesamtregierung der Regierung zu unterstützen. Wir haben um so weniger Veranlassung, eine andere Haltung in dieser Frage einzunehmen, als das Kabinett dabei die politische Linie eingeschlagen hat, auf der wir stehen, die die Deutschen nicht drauhen waren.

Was ist denn der Sicherheitspakt anderes als die Fortführung der Verhandlungs- und Erfüllungspolitik?

(Sehr richtig! bei den Sozial.) Aber heute sehen es selbst die Deutschen, daß es immer noch Leute gibt, die noch patriotischer sind als sie. Kürzlich hat in einer öffentlichen Versammlung der Abgeordnete Hennig Herr Stresemann auf eine Linie mit Erzberger und Rathenau gestellt. (Hört! Hört!) Als der Ruf aus der Versammlung ertönte: Lebt er noch? hat Herr Hennig es nicht für notwendig gehalten, die Fortführung dieses Vergleichs zurückzuweisen. Es ist bezeichnend, wie weit diese Dinge sich nach rechts entwickelt haben. Die gleichen Leute, die uns als Landesverräter geschmäht haben, sind heute in den Augen der Öffentlichkeit selbst Landesverräter geworden. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Der Sicherheitspakt geht aber auch noch hinaus über das, was die Erfüllungspolitik Erzbergs und Rathenaus wollte. Er enthält die freiwillige Anerkennung des Vertrages von Versailles und damit denormaligen Verzicht auf Elbaforderungen.

Ausdrücklich wird darin der Verzicht auf eine gewaltsame Beseitigung des Vertrages von Versailles ausgesprochen. Rummel werden Ihre Anhänger das schöne Lied „Streitlich wollen wir Franke schlagen“ aus ihrem Mund beschneiden müssen, da es mit Ihrer parlamentarischen Haltung nicht mehr übereinstimmt. (Sehr richtig! bei den Sozial.)

Sie sind nicht so leichtsinnig anzunehmen, daß der frühe Verzicht einer Regelung der Beziehungen zwischen den Völkern alle kriegerischen Ereignisse unmöglich machen werde, aber das eine darf man doch schließen, daß der Wille der Völker immer stärker wird, um eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Nationen zu schaffen. Unter diesem Gesichtspunkt hat auch die Sozialdemokratie den Schritt der deutschen Regierung im Februar ausgesprochen. Vielleicht war dieser Schritt schon etwas zu früh nach der alten Erfahrung, daß Leute, die zuerst jähren, später leicht aber Ziel hinauschießen. Wir hatten Sorgen, wirklich vorläufige Sorgen über den Umfang des deutschen Angebots. Das Memorandum enthält eine ganze Reihe von Vorschlägen, gegen die wir Bedenken hatten. Wir hätten u. a. gewünscht, daß Möglichkeiten zur Abfertigung der Beschäftigten geschaffen werden. Trotz unserer Vorbehalte und unserer Sorgen waren und sind wir aber mit den Grundelementen des Memorandum einverstanden.

Immer noch Kriegsgerichtsurteile.

Ein Todesurteil des Kriegsgerichtes in Amiens.

Paris, 22. Juli.
Das Kriegsgericht in Amiens hat, wie Savas berichtet, heute den deutschen Oberleutnant Wächter wegen angeblichen Mordes und Brandstiftung in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Wächter soll als Stappenskommandant in Esquerries (Aisne) im Jahre 1914 auf einem Gutshof einen verborgenen spanischen Soldaten entbinden haben. Er habe ihn ohne Urteil fesseln und den Gutshof in Brand stecken lassen. Den Besitzer des Gutshofes habe er in das Gefängnis abführen lassen. Weiter habe er elf englische Soldaten, die auf einem anderen Gutshof verhaftet waren, entbunden und diese zusammen mit der Besitzerin des Gutshofes fesseln und die Familie des Gutshofes in das Gefängnis werfen lassen, nachdem der Gutshof in Brand gesteckt worden war. Ferner habe er eine Frau Loge, die vor den deutschen Kampfschwärmen 35 englische Soldaten zu verdecken bemüht war, zu Zwangsarbeit verurteilt und ihre Mühle in Brand stecken lassen.

Rehabilitation deutscher Offiziere

Berlin, 22. Juli.
Durch das belgische Kriegsgericht in Namur war, wie bereits in der Presse veröffentlicht worden ist, Ende April d. J. wegen der bekannten Vorgänge in Dinant am 23. und 24. August 1914 eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere im Abwesenheitsverfahren verurteilt worden. U. a. war gegen Gen. v. Inf. a. D. von Ostler u. d. Planitz, Generalleutnant Matthias Hoch, Generalleutnant Kurt Rudolph v. Reuber, Generalmajor a. D. Graf Bernhard von Stielmannsdorf und Oberleutnant Ernst von Reschau wegen Verletzung von Zivilpersonen und Einschüchterung von Häusern die Todesstrafe verhängt worden. Wegen der gleichen belgischen Verurteilungen hatte das Reichsgericht gegen diese Offiziere ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, das jetzt zum Abschluß gelangt ist. Das Reichsgericht hat festgestellt, daß keine strafbaren Handlungen vorliegen, da die Offiziere nach Kriegesrecht gehandelt haben und ihre Maßnahmen durch Kriegsnotwendigkeiten geboten waren. Das Verfahren gegen sie ist daher eingestellt worden.

Der Grundgedanke des Memorandum vom Februar ist derselbe wie der Grundgedanke der Note, die jetzt hinausgegangen ist.

(Sehr richtig! bei den Sozial. und in der Mitte.) Wenn Graf Westarp vor drei bis vier Wochen verkündet hat, daß der Verzicht auf Elbaforderungen eine unerlässliche Forderung sei, so wird hier

der Verzicht auf Elbaforderungen noch einmal ausdrücklich ausgesprochen.

Unsere Furcht, daß die neue Note etwas von den Bedingungen und Forderungen der Deutschen enthalten würde, war also unbegründet. Wir hoffen bestimmt, daß die Sanktionskette bald geräumt werden, wir grüßen insbesondere die deutsche Arbeiterschaft in den jetzt genannten Gebieten, die die ganze Zeit und auch für alle Zukunft die treuesten Mitarbeiter der Deutschen Republik sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Vertrag von Versailles gibt die Möglichkeit seiner Nachprüfung. Damit ist auch der Moment gekommen, an die andere Seite mit der Forderung heranzutreten,

Waffen in der Pfalz verboten.

Koblenz, 22. Juli.
Die vom bayerischen Gesamtministerium erlassene Verordnung über die Führung von Waffen in der Pfalz wurde von der Besatzungsbehörde mit folgender Begründung abgelehnt: Zurzeit wird keine Möglichkeit gesehen, den Erlaß im besetzten Gebiet auszuführen, da dessen Bestimmungen der diesbezüglichen Gesetzgebung der Rheinlandkommission entgegenstehen. Falls jedoch die deutschen Behörden in der Lage wären, der Rheinlandkommission eine neue Fassung gemäß den Vorschriften der Verordnungen der Rheinlandkommission vorzulegen, soll die Angelegenheit einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Zusammenstöße in Bochum.

Bochum, 22. Juli.
Auf dem Volkspark kam es bei Demonstrationen gegen das Hissen von schwarz-weiß-roten Flaggen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die mit der blanken Waffe einschreiten mußte. Es gelang erst nach einiger Zeit, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Der deutsch-polnische Grenzverkehr.

Berlin, 22. Juli.
Im April dieses Jahres hatten sich die deutsche und die polnische Regierung darüber verständigt, daß bis zum Inkrafttreten des am 20. Dezember 1924 in Danzig unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommens über die Bestimmungen der bestehenden beiden Abkommen über den freien Grenzverkehr und über den oberhalb des Grenzverkehrs auch weiterhin, und zwar zunächst bis zum 1. August d. J., beobachtet werden sollten. Die deutschen gesetzgebenden Körperschaften haben dem Abkommen nunmehr zugestimmt. Doch ist bei der Länge der Zeit ein rechtzeitiger Austausch der Ratifikationsurkunden nicht möglich. Die beteiligten Regierungen haben daher eine weitere Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen beiden Abkommen bis zum 1. November d. J. verabschiedet.

zweifellos das zu tun, was Deutschland zwingend durchzuführen mußte.

Durch die Note wird die Frage aufgeworfen, ob die Alliierten noch die Möglichkeit behalten sollen.

Sanktionen und sonstige Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland vorzunehmen. Die einseitige Garantie, die Frankreich fordert, lehnen wir ab. Wir haben darin durchaus einig mit den belgischen und kanonischen Sozialisten.

(Auch richtig.) Wenn Sie darüber lächeln, so brauchen sie sich doch daran zu erinnern, daß der belgische Minister des Auswärtigen ein Sozialist ist.

Die deutsche Regierung beruft sich immer wieder auf die Bestimmungen des Völkerbundes, sie erklärt am, daß der Sicherheitspakt und der Völkerbund zusammengehören, aber das Kabinett Luther kann sich noch immer nicht entscheiden, den Schritt in den Völkerbund zu tun. Die Ablehnung des Völkerbundes ist allerdings

nicht mehr so energisch wie noch vor einem Jahr, man kann doch schon merken, daß das Kabinett Luther sich nach dem Völkerbund hin bewegt.

Nun behauptet die Regierung immer noch, daß die Formulierung des Artikels 16 des Völkerbundes nicht den besonderen Verhältnissen Deutschlands angepaßt sei. Es wird gesagt, daß unter Umständen Deutschland verpflichtet sei, dem Völkerbund in einem Kriege gegen Rußland Hilfe zu leisten, und wenn Rußland Deutschland zum Krieg erkläre, sei kein Widerstand mehr möglich. Aber wissen Sie denn nicht, daß kein Volk verpflichtet ist, den Durchmarsch zu gestatten, wenn es nicht die Voraussetzungen dazu anerkannt hat. Je eher Deutschland in den Völkerbund eintritt, desto geringer ist die Gefahr eines Krieges mit Rußland. Sie (zur Regierung) wollen ja zum Völkerbund, Sie suchen immer noch nach einer Brücke, nun haben Sie doch endlich den Rat, konsequent zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir dürfen allerdings kein Ausnahmestück für uns beanspruchen (Zurück rechts: Die Schweiz!) Der Schweiz ist allerdings eine Ausnahme zugestanden worden, weil sie als eine internationale neutrale Macht anerkannt worden ist. Vor Deutschland gilt das nicht.

Wir dürfen keine Ausnahmestücke für uns verlangen, sondern müssen hinfertgehen in den Völkerbund und darin arbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozial.) - Jurist recht: Wir können überstimmt werden! Lesen Sie doch die Satzungen des Völkerbundes, dann werden Sie finden, daß die Beschlüsse des Rates einstimmig gefaßt werden müssen. Glauben wir im vorigen Jahre, als England und Frankreich auf unseren Eintritt gewartet haben, den Einfluß dazu ausgeübt, so würden wir in der Frage des Sicherheitspaktes vor weit weniger schweren Problemen stehen.

Die Note der deutschen Regierung hat in Paris eine günstige Aufnahme gefunden.

Eine andere Frage ist, ob auch alle, die mit ihr einverstanden sind, die sie im Ausschuß zugestimmt haben. Es scheint so, daß manche Leute, die zuvor den Völkern mitgegeben haben, den geheimen Wunsch hegen, daß der Preis kein Ziel nicht erreicht. Aber jedenfalls haben sich die Deutschen in Paris zu den Grundideen des Sicherheitspaktes und des Memorandum bekannt. Der Umfluß der Deutschen geht zwar in Stappen vor sich, aber er läßt doch ans Ziel. Die der Widerständigen Haltung zurückgeführt werden ist, das ist allerdings nach dem Willen des Kabinetts. Wir wissen noch nicht, in welchem Zusammenhang die Preisgabe Elbaforderungen mit dem 250 Zoll steht. Wir haben aber die feste Vermutung, daß die Zustimmung zum Sicherheitspakt in Verbindung mit dem Zolltarif steht. In dieser Vermutung werden wir noch dadurch bestärkt, daß das Komprovis über den Sicherheitspakt in derselben Stunde abgeschlossen wurde, in der das Komprovis über den Zolltarif zustande gekommen ist.

Wie immer, so zeigt auch jetzt die Regierung Luther ihren Jammertopf. Auf der einen Seite will sie eine Entlastung des deutschen Volkes durch den Sicherheitspakt, auf der anderen Seite immer neue Belastungen durch Zölle und Steuern. Auf der einen Seite arbeitet sie für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, auf der anderen Seite läßt sie Hindernisse auf Hindernisse, um den Weg zur europäischen Union zu verstopfen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Das Kabinett Luther steht noch auf halbem Wege, schwankt von Kompromiß zu Kompromiß, und das ist nicht dazu angehen, das Vertrauen der Welt zu erwerben. Unsere Aufgabe aber ist, diesen Trost zu beschleunigen, den Weg gradlinig zu machen. (Stürmischer Beifall bei den Sozial.)

Abgeordneter Graf Westarp (Dresden): Der Zweck der heutigen außenpolitischen Debatte ist nur,

Kunst und Wissenschaft.

Lied vom Pol und Gegenpol.

Im Buchenwald pfeift ein Pirol mit vollem runden Stidenton sein Liedchen auf den einen Vers: Mir ist so wohl, so wohl!
In Furchen zwischen fettem Kohl frühstückend sitzt ein Bauersmann; die Morgenjonne scheint ihn an: Ihm ist so wohl, so wohl.
Als der Zufriedenheit Symbol die Mühle auf dem Hügel thront; ihr Flügel dreht die Melodie: Mir ist so wohl, so wohl!
Mein linker Weisheitszahn ist hohl und tut so weh, so weh: Es ist gefogrt, daß uns allhier nicht wird zu wohl, so wohl.

S. K. Benndorf.

Aus der Weisheit des 18. Jahrhunderts.

Metzen, Aphorismen, Fragmente von Chamfort. Von Marie Höffner (Dresden).
Die Literatur in Frankreich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Voltaires — die übrigens zum demokratischen hinausge wie kaum je zuvor — hatte, um es mit den Worten eines Deutschen und erfahrenen Kenners, Franz West, zu sagen, zwei Profile: ein ernstes und das andere, das sich über den Ernst mochte, ein geistvolles und eins, das darüber den cynischen Witz mochte. Nehmen wir als ein weiteres Kennzeichen des damals Gedichteten hinzu, daß alles, selbst das

Welche, einen Etich ins Improvisierte und, sagen wir getrost, etwas von der Art des Jovianischen im besten Sinne aufweist, dann haben wir in dem Weltmann Sebastian-Hoch-Nicolas Chamfort, der in Frankreich — in einem Dörfchen der Auvergne geboren — von 1741 bis 93 lebte, einen der bedeutendsten Repräsentanten dieser Art Literatur. Die oft lächerlichen und abgeschmackten Gepllogenheiten der Gesellschaft seines Jahrhunderts, ihre vielen Verdrüßlichkeiten und Verfehlungen hat er in schlagenden Epigrammen, klugen Aphorismen und lebendigen Anekdoten aufgeschrieben, in ebenso reizvollen Kontrollen, wie sie auf der Bühne der Welt sich präsentierten, wo Chamfort, seit seines Lebens ein römischer Aufhauer und Witzspieler, sie studierte und sammelte. Die folgenden Entwürfe, ins Deutsche aus dem nur in wenigen größeren Wädelnsammlungen heute noch aufzuteilenden und selten gelesenen Nachlassbanden der „Mozines“ übertragen, sind klar geteilt und gewandt geformt, unzweifelhaft den Meisterwerken der Literatur im 18. Jahrhundert zuzurechnen.

Liebe wird, so scheint mir, nicht um wirklich Vollkommenes; fast ist man versucht, zu glauben, sie fürchte es. Bestimmt ist es ihr nur um diejenigen Vollkommenheiten zu tun, welche sie dem geliebten Wesen andichtet.

Wie es kommt, daß man selbst in Zeiten der drückendsten Gewaltverhältnisse sich dazu entschließen konnte, sein Geschlecht fortzupflanzen? Weil das Gesetz der Natur unerschütterlich juster, aber auch gebieterischer ist, als das der Tugend. Weil das Kind der Mutter zunächst unter einem Nero wie unter einem Titus.

Güte ist ohne jegliche Größe undenkbar. Menschen ohne Seelengröße sind allenfalls gutmütig.

Nach meiner Ansicht ist Erziehung von zwei Dingen auszugehen: von Moral, um, was am Guten in uns liegt, zu stabilisieren; von Richtigheit, um uns gegen schädliche Einwirkungen von außen zu sichern. Begrenzen wir uns auf Moral

einseitig sei — wir wären binnen kurzem überd Ohr gehauen und „Wächter“. Auf nichts als Klugheit basierend, wären wir hundstündig berechnende Egoisten. Eiz und den anderen gerecht zu werden, sei das vornehmste Prinzip jeder Gesellschaft. Soll man seinen Nächsten lieben wie sich selbst, so ist es recht und billig, sich selbst zu lieben, wie seinen Nächsten.

Was ich gelernt habe, habe ich wieder vergessen. Das wenige, was ich weiß, habe ich nach und nach ... erraten.

Man sei gerecht, bevor man großmütig ist — so wie man zuvor Demden haben muß, ehe man sich Manschelten zuliegt.

Die Mehrheit der gesellschaftlichen Einrichtungen scheint mir unbilliglich ins Leben gerufen, um den Menschen beständig in einer gewissen Mittellosigkeit von Begreifen und Empfindungen zu erhalten, damit er bequemer regieren und regiert werden kann.

Kein Einzelner vermag so verächtlich zu wirken, wie eine sogenannte „gesellschaftliche Verbindung“ (corporation) — keine Verbindung verächtlicher als, was man unter Publikum versteht.

Man regiert die Menschen mit dem Hirn. Mit dem guten Herzen ist falsch Schach spielen.

Ministern, wie überhaupt hohen Beamten und Kapitänen von Einfluß nahe man sich besser mit verzuhalten, als mit heitlerer Miene. Sie sehen ungen Leute glücklicher, als sie selber sind.

Der Aufschwung eines Volkes tritt man wackeln entgegen, indem man seine Leiden lindert. So wie man mit Kraftbrühen seine Krankheit heilt.

Die Armen sind die europäischen Regier. Die Werke, die zu schreiben einem Autor Vergnügen macht, sind keine besten — so wie die schändlichen Kinder nicht selten die Kinder der Reichen sind.

Es ist ein nicht zu unterschätzendes Merkmal des tragischen Theaters, daß es Begreifen wie Leben und Sterben zu große Bedeutung beilegt.

Der Einheitsanzug.

Kleider machen nicht nur Leute, sondern auch Nationen. Das mancher Politiker ein Schwärmer ist, hindert nicht, daß in Zukunft die Schneider bestimmenden Einfluß auf die Politik ausüben werden. Die innere und äußere Beizensheit unseres Volkes — schon die Einleitung des Capres vertritt die Schneiderperspektive des Verfassers — also: Die innere und äußere Beizensheit unseres Volkes zwingt die aufstrebenden Elemente, auch äußerlich die Einheit und Gemeinlichkeit der Deutschen bewirkt zu betonen. Daher der Ruf nach einem deutschen Einheitsanzug.

Diese ununterdrückbaren Auf bereitwillig Folge leistend, ist in Berlin eine „Deutsche Tracht“-G. m. b. H. ins Leben getreten, eine natürlich durch und durch gemeinlichige Gesellschaft, die sich die hehre Aufgabe stellt, dem zerrissenen deutschen Volk das deutsche „Wams“, „Deutsche Haus“ und überhaupt die „Deutsche Tracht“ mit langer und kurzer Hölse zu liefern. Willig, gut, frisch und einheitlich bekleidet wird der deutsche Mensch künftig durch dieses von Gasbomden und Teufelskräften unüber gemachte Jammerland schreiten. Unübersehbare Perspektiven eröffnen sich. Denn selbstverständlich wird es nicht bei den deutschen Einheitskränzen bleiben: Es werden sich ihnen der deutsche Einheitskostenträger, die deutsche Einheitsbambinde und viele andere Einheitsartikel gefellen.

Schon die alten Griechen erkannten den Wert der nationalen Einheitskracht, die natürlich in ihrem Falle nichts anderes war als das, was wir heute „Uniform“ nennen.

Warum sollten also wir Deutsche uns länger der konfessionellen Uniformierung entziehen? Kultur.

Spanische Studienreise deutscher Philologen. Die Spanische Reichsbildungsgemeinschaft, die Berlin, in welcher alle mit der Stellung spanischer Unterrichts oder mit dem nachträglichen

Stellung zu nehmen zu der deutschen Note. Das außenpolitische Interesse gebietet, eine breite und harte parlamentarische Unterstützung für das Kabinett zu schaffen.

Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situation entstanden als das Februar-Memorandum (Welcher links). Ein Streit um die Vergangenheit scheint daher keinen Zweck zu haben und wir haben keine Veranlassung, diesen Streit hier fortzuführen (Abg. Rufe und Welcher links). Die sozialdemokratische Interpellation ist schon überholt. Der Vorwurf des Abgeordneten Reichs, daß wir unsere außenpolitischen Grundzüge um der Getriebeliebe willen verkauft hätten (Zehr richtig links), ist zu niedrig, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. (Weißall rechts).

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Die allgemeine Abrüstung der Welt praktisch verwirklicht

Wir billigen es auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom September ausdrücklich Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Voraussetzung, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerbund unwillig ist, die moralischen Befehle des Versailler Vertrages erneut anzuerkennen. Für uns ist nicht nur jede freiwillige Wiederholung des in Versailles erzwungenen unwarzen Schuldbeitrages unmöglich, wir müssen nach wie vor darauf bestehen, daß keine Gelegenheit vorbeigehet, dieses Schuldbeitrages anzupacken. Wir wollen Recht und Gerechtigkeit und die deutsche Note betont, daß das deutsche und vollständig entwickelte Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerbund angesehen werden kann, solange nicht die allgemeine Abrüstung der Welt praktisch verwirklicht ist.

Der Vorjahr spricht. Eine Leserin zeigte der „Sächs.“ ein Stammbuch aus ihrer Familie, das über 100 Jahre alt ist. Unter den Eintragungen ist eine, die heute morgen geschrieben sein könnte. In Aug und Frommen Millionen deutscher Redner, Schreiber und Tagungsmitglieder siehe sie hier: Germania. Welt- und red' und schreibefähig sieht sie an dem Quell des Schicks, Alles kommt bei ihr zur Sprache Aber, ach! Zur Sache nicht. Ludwig Robert.

Einmal mehr als für andere Komponenten des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umdeutung dieser Note einsetzen werden.

(Hör, hör!) Die heutige Note erhält in Form und Inhalt die verständigungsberedete Haltung der deutschen Außenpolitik anrecht, der Außenpolitik, die wir von Anfang an als die einzig mögliche und richtige angesehen haben. Wir wollen darüber wachen, daß unsere Außenpolitik aus dieser Sphäre nicht hinausgeführt wird auf das stürmische Meer einer Turb- und Widerstandspolitik. Jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. (Rufe: Amentlich jede Regierungspartei!) Wir bedauern nur das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Klärung der Verantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat.

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Barrikaden auf dem Wege nach Genf.

Dresden A. Köhler. — Durch Veränderungen und Verbesserungen der Verhältnisse in unserer nächsten Umgebung ist das Bedürfnis entstanden, das allbekannte Wanderverkehr durch Dresden Umgebung in einer den verändernden Verhältnissen entsprechenden neuen Gestalt herauszugeben. Das geschieht durch Aufstellung des gesamten Wanderverkehrs in einzelne Landstrichgebiete und durch Ausstattung mit neuem Kartenmaterial. Statt dessen ist neben der genannten Wegbeschreibung das Geschichtliche und Naturkundliche. An Hand dieses Heimatführers lernt der Naturfreund alle landschaftlichen Hauptpunkte der Dresdener Pflege, von Rössen bis Stolpen, von Habenberg bis Dippoldiswalde, gründlich kennen. Nach zehnjährigem Fehlen ist die Sammlung von Reichsgesetzlichen Inhalts von Dr. Hermann Schmidt, Staatsrat im Wärschischen Staatsministerium der Justiz, in dritter völlig neu bearbeiteter Auflage bei der G. P. Beckh'schen Verlagsbuchhandlung in München erschienen. Die Ausgabe ist auf den neuesten Stand der Rechtsprechung und Gesetzgebung gebracht; der Herausgeber hat den einzelnen Gesetzestexten Vorbemerkungen mit wertvollen Erläuterungen vorausgeschickt und übersichtliche Entschlüsselungen angefügt, ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch dieses beliebten Nachschlagewerkes, das die Gesetzgebung von 1899 bis Ende 1924 berücksichtigt. In dem bekannten roten Leinwandband gebunden kostet das Buch 6 M. * Von der im Verlag von Otto Liebmann in Berlin erschienenen Taschenausgabe der neuen Zivilprozessordnung von Staatspräsident Dr. Adolf Baumbach. Berlin ist nach acht Monaten die erste Auflage mit 13 000 Stück vergriffen gewesen; ein gutes Zeichen für die Güte des Buches! Die zweite, stark vermehrte Auflage, die soeben zum Preise von 10 M. in Wiesbaden Leinwand erschienen ist, erläutert sämtliche Paragrafen der Zivilprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Einlassungsverordnung unter Berücksichtigung von Rechtsprechung und Literatur. Die triegrammatische Erläuterungsweise hat der Verfasser beibehalten, nachdem sie allgemein Anklang gefunden hat. Trotz des großen Umfangs von 88 Seiten ist die Ausgabe handlich gebunden, weil sie auf dünnem Papier gedruckt ist. Sie wird auch im neuen Gewande Anklang finden.

Einmal mehr als für andere Komponenten des heutigen Kabinetts verantwortlich fühlen und daß wir uns nötigenfalls mit unserer ganzen parlamentarischen Kraft gegen eine wesentliche Umdeutung dieser Note einsetzen werden.

(Hör, hör!) Die heutige Note erhält in Form und Inhalt die verständigungsberedete Haltung der deutschen Außenpolitik anrecht, der Außenpolitik, die wir von Anfang an als die einzig mögliche und richtige angesehen haben. Wir wollen darüber wachen, daß unsere Außenpolitik aus dieser Sphäre nicht hinausgeführt wird auf das stürmische Meer einer Turb- und Widerstandspolitik. Jede Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außenminister des Deutschen Reiches in seiner Außenpolitik zu unterstützen. (Rufe: Amentlich jede Regierungspartei!) Wir bedauern nur das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Klärung der Verantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat.

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Wir brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen können, wenn diese Aktivität aus innenpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer latenten Politik machtpolitischer Zukunftsillusionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils. (Weißall.)

Die Tabaksteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages legte die Beschlüsse über die Tabaksteuer, insbesondere die Förderung über die Besteuerungsform der Zigarette fort. Hier will man vor allen Dingen gegenüber der Vandalensteuer die Materialsteuer durchsetzen, obwohl sie ohne Zweifel eine Begünstigung der großen Firmen gegenüber den kleinen bedeutet. Abg. Prien-Daxen (Zs.) erklärte, daß gerade die 3-5-Pierma-Zigarette verschwinde, wenn die Materialsteuer in der vorgeschlagenen Höhe neu erhoben werde. Aus der Zigarette seien fast 40 Millionen auch in der bisherigen Steuerform 450 Millionen Mark Steuer herauszuholen. Staatssekretär Dr. Popitz bestritt das. Weiter beantragten die Deutschnationalen eine Follerhöhung für Rohtabak auf 100 Mark, um den deutschen Qualitätslabakbau zu erhalten. Dagegen wies Abg. Schäfer (Zs.) auf die ungünstige Lage des Tabakgewebes hin, das keine weitere Belastung mehr vertragen könne. In der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage vorgesehene Satz von 80 Mark pro Doppelzentner Rohtabak angenommen. Weiter wurde im Prinzip der Kombination zwischen Vandalen- und Materialsteuer durch die Mehrheit des Ausschusses zugestimmt.

Gegen das Duellwesen.

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Vereinfachung des Militärstrafrechts hat der Rechtsausschuß des Reichstages unter Ablehnung sehr weitgehender sozialdemokratischer Anträge zur Verhinderung des Duellwesens einen vermittelnden Zentrumsantrag angenommen. Danach wird der Duellkampf unter Todesstrafe nicht unter sechs Monaten und die Herausforderung und die Annahme einer Herausforderung mit zwei Monaten bis zu

einem Jahre bestraft. Ein Vorgesetzter, der einen Untergebenen zum Duellkampf zu bestimmen versucht, soll mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden.

Beitritt Deutschlands zur Internationalen Handelskammer.

Die Internationale Handelskammer teilt heute offiziell mit: Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat den Antrag Deutschlands auf Aufnahme in die Kammer unter Zustimmung zu ihren Grundgesetzen erhalten. Der Verwaltungsrat hat daraufhin die folgenden fünf deutschen Spitzenverbände einmütig zu Mitgliedern gewählt: Deutscher Industrie- und Handelsverband, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels. Diese Verbände werden, der Satzung der Internationalen Handelskammer entsprechend, eine deutsche Landesgruppe bilden, der die Vertretung Deutschlands in der Kammer obliegen wird und deren Geschäftsführung sich vorläufig beim Deutschen Industrie- und Handelsverband, Berlin C 2, hinter dem Gießhaus 3, befindet.

Grabdenkmal für Ebert. Die Ebert-Wüste im Reichstag.

Der von Prof. Behrens in Wien angefertigte Entwurf zu einem Grabdenkmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist fertiggestellt. Das Grabmal soll ein Sarkophag aus schwarzem Stein sein, der vor dem Friedhofskreuz aufgestellt werden soll. Die Kosten für das Grabdenkmal trägt das Reich, während das Grab selbst von der Stadt Heidelberg unterhalten wird. Der Sarkophag für die Aufschüttung des Reichstagsgebäudes beschäftigte sich heute ebenfalls mit der Aufstellung einer Wüste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert im Reichstag; er beschloß, die Wüste, die Prof. Kolbe gearbeitet hat, in dieser Ausführung nicht anzunehmen, sondern über eine andere Wüste mit Prof. Kolbe oder auch anderen Künstlern weiter zu verhandeln. An welcher Stelle die Wüste im Reichstag aufgestellt werden soll, steht noch nicht fest.

Um die Friedensmiete.

Am Landtag wurde heute bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes von sozialdemokratischer Seite beantragt, den bereits in der zweiten Lesung angenommenen Antrag auf sofortige Einführung der Friedensmiete aufzuheben. Das Zentrum beantragte, die Frage dem Finanzausschuß zu überweisen. Dieser Antrag wurde angenommen, wodurch der in zweiter Lesung gefasste Beschluß außer Kraft gesetzt wird. Der Landtag hat in seiner weiteren Sitzung das Schullastengesetz, das die Schullasten vom Staat auf die Gemeinden abwälzt, mit 36 Stimmen des Zentrums und der Rechten gegen 33 Stimmen der übrigen Parteien angenommen, ebenso in der Schlußabstimmung den Etat mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Hierauf vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.

Hochverratsprozess.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Sächsischer Senat, hatten sich am Mittwoch die 21jährige Arbeiterin Maria Greiner und die 20jährige Hedwig Harbich, beide aus Stuttgart, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen das Republikenschutzesgebot verurteilt. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, während der illegalen Zeit für die kommunistische Partei Kurierdienste geleistet zu haben. Das Urteil lautete gegen Maria Greiner auf acht Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe und gegen Hedwig Harbich auf sechs Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Von der erstinstanzlichen Unterfangenschaft wird bei der Harbich ein Monat, bei der Greiner die Unterfangenschaft voll angerechnet. Außerdem sollen die Geldstrafen als verfallen. Die Haftbefehle gegen beide werden aufgehoben.

Die jugoslawische Regierungserklärung.

Gestern nachmittag verlas der Justizminister im Parlament folgende Regierungserklärung: Die Regierungsbildung ist das Ergebnis eines Abkommens zwischen den beiden größten parlamentarischen Parteien, der national-radikalen Partei und der kroatischen Partei, die die überwiegende Mehrheit des ganzen Landes darstellen. Die auf diese Weise gebildete Regierung wird die Möglichkeit tun, um die Verfassung sowie die Gesetze ohne jede Einschränkung zu befolgen, die sich aus ihr ergeben, um die völlige Gleichheit der Serben, Kroaten und Slowenen auf allen Gebieten des nationalen Lebens

Die Dresdener Heimatführer. (100 Ausflüge in die Umgebung Dresdens.) Neue vollständig neu bearbeitete, ergänzte und verbesserte Auflage von 150 Ausflügen, mit vier neuen Spezialkarten.

Die Dresdener Heimatführer. (100 Ausflüge in die Umgebung Dresdens.) Neue vollständig neu bearbeitete, ergänzte und verbesserte Auflage von 150 Ausflügen, mit vier neuen Spezialkarten.

Die Dresdener Heimatführer. (100 Ausflüge in die Umgebung Dresdens.) Neue vollständig neu bearbeitete, ergänzte und verbesserte Auflage von 150 Ausflügen, mit vier neuen Spezialkarten.

Die Dresdener Heimatführer. (100 Ausflüge in die Umgebung Dresdens.) Neue vollständig neu bearbeitete, ergänzte und verbesserte Auflage von 150 Ausflügen, mit vier neuen Spezialkarten.

Kandidaten geählt wurden. Die linke Mehrheit fand vor einem Rißel, das nur zum Teil seine Lösung fand, denn es war festgestellt worden, daß sich unter den abgegebenen Stimmgeldern ein doppelt so großer als die übrigen aufgegebenen befanden laufe. Die elf Stadtvorwahlen der Wahlen versicherten durch Nominationschrift, sämtlich dem Kandidaten der Linken die Stimme gegeben zu haben. Die Versammlung beschloß, die Wahl anzuzweifeln und für ungültig zu erklären. Die Stimmgelder wurden eingezogen, um eine event. Fälschung noch feststellen zu können.

Zeitungsvorgeschalt. In der letzten Stadtvorwahlenversammlung wurde das Gesetz des hiesigen Arbeitervereins um Errichtung eines Ehrenmalens für die Gefallenen der Stadt im Weltkrieg mit acht gegen vier Stimmen abgelehnt, dagegen auf ein Gesetz der ausgefertigten Arbeiter von vier mit Unterstützung, beschlossen, die Bedürftigen derselben zu häßlichen Arbeiten heranzuziehen; die bürgerliche Fraktion stimmte dagegen. Die durch den Tod des Dr. med. vet. Knoll erledigte Stadtvorwahlenstelle soll ausgeschrieben werden. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung betraf die Wiederwahl des Bürgermeisters Strohbeil, dessen Amtszeit Anfangs Februar 1926 abläuft; die Abstimmung ergab dessen Wiederwahl.

Schneise, Säch. Schweiz. Die Burgbeilechtung am vergangenen Sonntagabend bei einem mächtigen Schneise auf dem Marktplatz, wo auch alle Fenster mit Lampen erleuchtet waren, wurden unter viel Beifall Abendspieler gelungen und ganz Sächsisches gegeben. In dieser Veranstaltung hatten sich weit über 1000 Personen von nah und fern eingefunden. — Die Autobusse der Staatlichen Kraftwagenlinie Pirna-Sachsen fahren seit Sonntag regelmäßig bis ins Vogtland.

Vierstein-Gallberg. Zur Weihe seiner Fahne hatte die Delogruppe Vierstein-Gallberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu einem republikanischen Tag eingeladen. Dieser Tage waren schon am Sonntag einige hundert Reichsbannerkameraden aus der näheren Umgebung der festgebundenen Stadt gefolgt. Mit klingendem Spiel der Reichsbannerkapelle übernahm die Kameraden in ihre Quartiere, um sich am Abend in drei Sälen der Stadt mit der republikanischen Bevölkerung zu Kundgebungen für die Republik zu versammeln. Im überfüllten Saal des „Kunstpalastes“ begrüßte der Kommerzienrat Justus-Josef von Schwarz die Kameraden und stellte in dem Vortrage seiner Ansprache den Gedanken, daß die Tage des 18. und 19. Juli 1925 die Geburtsstunde der neuen Schwarz-Rot-Gold für Sachsen seien brachten. Auch die Ansprachen, die von Dr. Goldhardt, Chemnitz, Franz, R. d. V., dem Gewerkschaften Reichardt und dem Kommerzienrat Behr-Wehrhahn gehalten wurden, waren auf den höchsten Ton gestimmt, daß wir unter den neuen Schwarz-Rot-Gold ein einiges Großdeutschland schaffen wollen. Am Sonntag früh wurde die Bevölkerung durch das von zwei Kapellen angeführte Marschieren auf die Bedeutung des Tages aufmerksam gemacht. Um 9 Uhr fanden sich die bis dahin eingetroffenen Kameraden mit einem großen Teil der sächsischen Bevölkerung zu der auf dem Markte stattfindenden Gedenkfeier ein. Die Gedächtnisrede hielt Dr. Goldhardt, sie lag aus in dem Gelobnis: Was unsere geliebten Väter für uns getan, wollen wir ihnen danken. Unter den Klängen des Liedes: „Ich halt' einen Kameraden“ wurde ein mit Reichsbanner geschmückter Kranz am Gedenkmal niedergestellt. Um 1 Uhr fand die Fahnenweihe auf dem Altmarsch statt. Bei dem sich anschließenden Festzug durch die geschmückten Straßen und Plätze der Stadt beteiligten sich circa 1500 Kameraden. Es wurden in ihm 21 Fahnen und 4 Musikkapellen geführt.

Tageschronik.

Ziehungen im Reichsmonopolamt.

Der Kaufmann Emanuel Marx wurde vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I unter dem dringenden Verdacht d. s. Betrug und der Urkundenfälschung zum Nutzen der Reichsmonopolverwaltung vor einigen Tagen verhaftet. Gegen eine Kaution von über 20 000 RM. ist Marx wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Zwei Berliner in Kassel ertrunken.

In dem Ockerbade Kassel sind zwei Berliner, ein Chauffeur und ein elfjähriger Knabe, beim Baden ums Leben gekommen.

Er mordung der Ehefrau.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist gestern der Lagerhalter Lehner unter dem Verdacht verhaftet worden, seine Ehefrau erschossen zu haben. Nach der Darstellung Lehners sollte seine Frau am Freitag auf einem Spaziergange in die Umgegend der Stadt von drei jungen Burschen überfallen und durch einen Schuß tödlich getroffen worden sein. Es haben sich aber nun im Laufe der Untersuchung verschiedene Verdachtsmomente gegen ihn erhoben, die seine Befreiung notwendig machten.

Aufklärung des Hamburger Mordes.

Der Leichensund an der Rainauer des St. Pauli Fischmarkt am Sonntag morgen hat eine überraschend schnelle Aufklärung gefunden. Die Leiche war bereits vor einigen Tagen als das 27jährige Kontrollmädchen Selma Wobened festgestellt worden. Als Mörder wurde von der Kriminalpolizei der 35jährige Ritzer Wagner ermittelt. Der Täter ist flüchtig. Die gestern nacht mit Unterstützung eines Polizeihundes vorgenommene Durchsuchung der Wohnung Wagners führte zur Auffindung der fehlenden Leichenteile und Bekleidungsstücke.

Schwere Gewitter über Thüringen.

Den Wäldern zufolge haben in den letzten Tagen im Schwarzatal und im Thüringer schwere Gewitter mit Wolkenbrüchen großen Schaden angerichtet. Die Getreideernte ist teilweise völlig vernichtet. In Wilhelmsthal wurde ein Kind und in Prächling eine Landwirtin vom Blitze erschlagen.

Selbstmord eines Eiferjüngers.

In dem Nachbarort Warnsdorf erschoss sich gestern Abend der 23jährige landwirtschaftliche Arbeiter Schulze, nachdem er vorher auf Eisenbahn auf seine Geliebte, die Arbeiterin Göh, einen Schuß abgegeben hatte. Die Göh mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Noordbruno.

Das große Weichenborfer Moor brennt seit Freitag vergangener Woche. Am Dienstag griff das Feuer auch auf die benachbarten Wald- und Heidebestände über. Die Ortsschafften Weichenborf, Neffe, Sälzge und Schadehop sollen zum Teil stark gefährdet sein. 100 Mann Reichswehr sind zur Bekämpfung entsandt worden. Bisher sind hunderte Fahrn von Toth verbrannt. Als Ursache vermutet man leichtfertiges Umgehen mit brennenden Zigaretten.

Diamantenes Priesterjubiläum.

Der seit 1902 als Bischof der Anglikaner Diözese amtierende 83 Jahre alte Bischof Dr. Maximilian v. Lingg feiert heute das seltene Fest seines diamantenen Priesterjubiläum.

Autotod.

Wie die „Neueste Zeitung“ meldet, ist heute früh ein Automobil der Landesregierung, in dem sich Ministerialrat Dr. Gollischel vom Hochbauamt des Handelsministeriums befand, mit dem Prestissimo der Buschfahrt, das auf der unrichtigen Seite fuhr, zusammengefahren. Der Chauffeur war sofort tot. Ministerialrat Dr. Gollischel wurde in schwerem Zustand nach Pforta gebracht, wo er mittags verschied.

In der Nähe von Dandringen bei Weißen überfuhr sich ein Kraftwagen und begrub die drei Insassen unter sich. Der Wagenführer war sofort tot und ein Fünfjähriger erlitt lebensgefährliche Verletzungen, während der andere mit leichten Verletzungen davonkam. — In München fuhr auf einer neuhergerichteten Straße ein Kraftwagen gegen ein Reichspostautomobil, wobei der Führer des Postwagens schwere Verletzungen erlitt, die seinen Tod herbeiführten.

Zum Tode verurteilt.

Nach zweitägiger Verhandlung hat das hiesige Schwurgericht den 29 Jahre alten Landwirt Ulrich Mayer aus Rönitzberg i. Pr., der am 22. März d. J. den 31 Jahre alten Besitzer des Posthofes bei Döllitzern Johannes Schäfer erschossen hatte, zum Tode verurteilt. Frau Schäfer, die Ehefrau des Ermordeten, mit welcher der Angeklagte ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, wurde wegen Beihilfe zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der verheiratete Speiseaal des Zaren.

Petersburg, 22. Juli. Bei einer Verzeigerung der Einrichtung des Winterpalastes kaufte am Dienstag ein Amerikaner den Speiseaal des Zaren für eine halbe Million Dollar.

Explosion auf einem argentinischen Kreuzer.

Buenos Aires, 22. Juli. Gestern explodierte auf dem argentinischen Panzerkreuzer „General San Martin“ ein Schiffsgeschütz. Acht Mann wurden sofort getötet und 19 Mann schwer verletzt.

Dresdner Kurse vom 22. Juli

Table with columns for 'Deutsche Staatspapiere', 'Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe', and 'Verschiedene Anleihen'. It lists various government bonds and securities with their respective prices and yields.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.

Table listing mortgage and bond securities from various banks and institutions, including 'Hypothekendarlehen', 'Pfandbriefe', and 'Hypothekendarlehen'.

(= 6,03 %) aus der Kriegszeit und 45 (= 22,01 %) aus der Postkriegszeit stammend, sowie 1, bei denen die Zeit der Gründung unbekannt ist.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 12. bis 18. Juli 1925 folgenden Bericht: Trotzdem die Nachfrage nach Arbeitskräften ziemlich hohe war und verhältnismäßig sogar offene Stellen sowohl für Hoch- und Spezialkräfte, als auch für jugendliche ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen nicht restlos besetzt werden konnten, hat es sich nicht umgeben lassen, daß die infolge von Geld- und Kreditmangel sowie durch Arbeitskampfe in Kurzarbeit, Betriebsstörungen, Ausperrungen und Streiks sich auswirkenden Folgen eine, wenn auch nur geringe Erhöhung der Erwerbslosenziffern mit sich brachte, sodaß am 15. Juli 1925 männliche und 2439 weibliche Hauptunterstützungsgewinnende sowie 13968 Hilfsunterstützungsgewinnende im Reichsamt Sachsen vorhanden waren. Gegenüber dem 1. Juli bedeutet dies eine Zunahme von 193 männlichen Hauptunterstützungsgewinnenden und 6 Hilfsunterstützungsgewinnenden. Die weiblichen Hauptunterstützungsgewinnenden haben dagegen nochmals eine Abnahme, und zwar von 117 Personen, zu verzeichnen. Von den Hauptunterstützungsgewinnenden, unter denen 183 unter 18 Jahren einbezogen sind, wurden am 15. Juli 248 zu Pflichtarbeiten und 3361 zu Reichsamtarbeiten herangezogen.

* Umfang des Postkreditverkehrs im Deutschen Reich. Die Zahl der Postkreditkunden betrug Ende Juni 1925 897339. Dies bedeutet einen Zuwachs von 3597 Kunden gegen das Ende des Vormonats. An Gut- und Lastschriften zusammen sind im Monat Juni 41 815 000 Buchungen über 9 129 300 000 RM. ausgeführt worden. Davon sind bargeldlos eingetragenen wurden 7214 129 000 RM. Das durchschnittliche Guthaben der Postkreditkunden belief sich auf 568 875 000 RM.

* Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes, die nach Aufhebung des passiven Widerstandes eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung erfahren hat, ist in den letzten Monaten infolge der sich unabhängig verhaltenden Absatzverhältnisse nicht unerheblich zurückgegangen. Im April 1925 betrug die Gesamtförderung auf 8 300 432 t, im Mai 1925 auf 8 100 531 t, im Juni 1925 auf 7 881 549 t (im Juni 1913: 9 586 385 t). Beim Vergleich dieser Zahlen ist der Unterschied in der Zahl der Arbeitstage in den einzelnen Monaten zu berücksichtigen. Während vor dem Kriege arbeitstägig rund 380—390 000 t gefördert wurden, ging die Förderung im Jahre 1919 bis auf rund 240 000 t im Monat zurück. Sie erreichte in der Nachkriegszeit ihren höchsten Stand im Januar 1925 mit rund 378 000 t. Im April dieses Jahres stellte sie sich arbeitstägig auf 345 851 t, im Mai auf 336 141 t, im Juni auf 331 885 t. Während der Rückgang in der Förderung in den letzten Monaten lediglich als Folge des Abnahmanges anzusehen ist, ist im übrigen der erhebliche Unterschied in der Förderung hauptsächlich auf die Veränderungen in der Schichtzeit zurückzuführen. Im November 1918 betrug die Arbeitszeit im Ruhrgebiet unter Tage 8 1/2 Stunden und wurde dann auf 7 Stunden vermindert; im Dezember 1913 gelangte die achtstündige Arbeitszeit wieder zur Durchführung, die auch heute noch besteht. Die hierzu notwendigen und Betriebsbedingungen haben naturgemäß auch einen Rückgang der Gesamtleistung des Ruhrgebietes zur Folge gehabt. Während im April 1925 noch 450 185 Mann beschäftigt waren, ist die Gesamtbeschäftigung im Mai auf 449 805, im Juni auf 436 493 zurückgegangen. Infolge des Abnahmanges mußten auch im Juni in erheblichem Umfang Betriebsstätten eingeleert werden. Die Gesamtzahl der Freierziehlichen belief sich im April auf 375 926, im Mai auf 354 880, im Juni auf 315 000 (geplagt). Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes stellte sich im April 1925 auf 1 987 088 t, im Mai auf 2 006 350 t, im Juni auf 1 819 367 t (im Juni 1913 auf 2 017 247 t). Die tägliche Kohlenförderung betrug im April 1925 66 236 t, im Mai 64 722 t, im Juni 60 640 t (im Juni 1913 67 242 t). Die Freierziehlichen stellte sich im April 1925 auf 276 250 t, im Mai auf 260 210 t, im Juni auf 248 525 t (im Juni 1913 auf 423 171 t). Die arbeitstägliche Förderleistung betrug im April 1925 11 510 t, im Mai 10 408 t, im Juni 10 461 t (im Juni 1913 16 927 t).

Die preussische Staat erwirbt Stinnesanteile.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, hat der preussische Staat durch Erwerb der Stinneschen Anteile bei den Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken maßgebenden Einfluß gewonnen. Der Erwerb der Aktien ist aus den Mitteln erfolgt, die dem preussischen Staat vor einiger Zeit von Weidig als Entschädigung für das infolge des Friedensvertrages verlorengegangene Staatsvermögen überwiesen wurden. Es war von Anfang an beabsichtigt, diese Beträge wieder in werkbare Anlagen für den Staat anzulegen. Die Beteiligung an den Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken scheint vor allem deshalb geeignet, weil so dem Rheinisch-westfälischen Staat ein erheblicher Teil jener Mittel zugeführt werden kann. Außerdem sprach für die Beteiligung, daß eine Stärkung der elektrowirtschaftlichen Stellung des Staates in den westlichen Provinzen und die Überführung eines größeren zusammenfassenden mit den staatlichen Elektrizitätswerken namentlich Hannover erwünscht war.

Produkten-Werte zu Chemnitz.

Amliche Notierungen vom 22. Juni 1925, nach 12 Uhr. Chemnitz, 22. Juni. Weizen 1. Sorte 120,00, 2. Sorte 115,00, Roggen 110,00, Gerste 105,00, Hafer 100,00, Mais 95,00, Kartoffeln 90,00, Bohnen 85,00, Erbsen 80,00, Linsen 75,00, Weizenmehl 70,00, Roggenmehl 65,00, Gerstemehl 60,00, Hafermehl 55,00, Maismehl 50,00, Kartoffelmehl 45,00, Bohnenmehl 40,00, Erbsenmehl 35,00, Linsenmehl 30,00.

Table titled 'Freikant Sachsen. Holzverfeinerungsergebnisse'. It shows wood processing results for various districts in Saxony, including 'Sachsen', 'Sachsen-Meißner', 'Sachsen-Rastatt', and 'Sachsen-Zwickau'. Columns include 'Kreis', 'Tag', 'Menge in', 'Holzart und Form', and 'Preis je m³ in Reichsmark'.

* Die letzte Veröffentlichung siehe Sächs. Staatszeitung vom 24. Juni 1925.